

VEREINS-ANZEIGER

Organ der Vereinigung der Maler, Lackirer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder
sowie der freien eingeschr. Hilfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Redaktion und Expedition: Hamburg 22, Schmalenbeckerstrasse 17, Telephon Amt III, 3622.

Kollegen! Agitiert und organisiert mit allen Kräften für die Stärke unserer Vereinigung!

Arbeiteraussperrung und Reichstagswahl.

Wie unseren Kollegen bekannt ist, haben die im rheinisch-westfälischen Arbeitgeberbund vereinigten Unternehmer des Baugewerbes unter Bruch ihrer kontraktlichen Verpflichtungen ihre organisierten Arbeiter einfach auf die Straße geworfen. Der Essener Oberbürgermeister Zweigert, dessen gutkapitalistische Befinnung über jeden Zweifel erhaben ist, hat sich über diese Aussperrung folgendermaßen geäußert: „Bekanntlich sind hauptsächlich durch meine Bemühungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Baugewerbe für den Bezirk unserer Stadt Tarifverträge abgeschlossen worden, die vorläufig bis zum 31. Juli 1906 ihre Geltung besitzen. Im Dezember d. J. sollte, wie der Schluppassus der vollenommenen Verträge lautet, von mir wieder eine Versammlung einberufen werden, um darüber zu verhandeln, ob die Verträge vom 31. Juli 1906 ab um ein weiteres Jahr verlängert werden sollen. Nun hat der rheinisch-westfälische Arbeitgeberverband für das Baugewerbe beschlossen, sämtliche organisierten Arbeiter auszusperrn, aus welchen Gründen, sei dahingestellt. Ueber diese Gründe haben sich die Herren vom Arbeitgeberbunde nicht ausgesprochen. Allgemeine Meinung nach gibt es aber nur einen Grund für diese Aussperrung, nämlich die Organisierung zu brechen.“ Die Unternehmer — nicht nur des Baugewerbes, sondern auch aller anderen Berufe — sind über die Aeußerung des Oberbürgermeisters natürlich verschämt und haben bereits gedroht, sie würden ihn nach Ablauf seiner Amtsperiode nicht wiedewählen — ein niedliches Beispiel von Unternehmer-Terrorismus.

Daß die Auffassung des Oberbürgermeisters über die Absicht der Unternehmer, die Arbeiterorganisationen zu sprengen, nicht nur von den Arbeitern geteilt wird, sondern auch von andern unbeteiligten, sozialpolitisch einsichtigen Bevölkerungskreisen, ist bekannt und es verschlägt wenig, daß die Scharfmacher das Gegenteil behaupten. Sie schrieben nämlich in einer Erklärung folgendes: „Wer da weiß, wie die „organisierten Genossen“, die sich auf Grund erschwinder Karten in die Versammlungen der Arbeitgeber einzuschmuggeln versuchen, fortwährend Lügen und Verleumdungen in ihrer Presse und ihren Flugblättern laut werden lassen, der wird sich gewiß allmählich ein Urteil über diese „Tugendhelden“ und ihre Leiter bilden können. Geradezu erstaunlich ist es, daß die Leute in ihren Versammlungen noch immer die Stirn haben, solche Unwahrheiten in die Welt zu setzen, wie das noch kürzlich in einer Versammlung der Fall gewesen ist. In der Resolution, auf deren Wiedergabe wir hier im übrigen gern verzichten wollen, wurde gleich zu Anfang erklärt, daß der Zweck der Aussperrung der Bauarbeiter nur die Vertümmelung der in Frage kommenden Organisationen sei. Dabei hat das Unternehmertum wiederholt, sogar schriftlich erklärt, daß es gar nicht daran denkt, die Organisationen der Arbeiter beseitigen zu wollen.“ Wir kennen unsere Wappenheimer und wissen, was wir von ihren Versicherungen zu halten haben.

Augenscheinlich fühlen die Unternehmer instinktiv, daß die öffentliche Meinung sich auf die Seite der Ausgesperrten stellt, und deshalb geben sie sich alle erdenkliche Mühe, das Publikum „aufzuklären“. Daß sie hierbei mit der Wahrheit ganz niederträchtig umspringen, wundert uns nicht: sie erzählen dem Publikum mit der unverfrorensten Miene von der Welt, daß die Arbeiter mittels ihrer Tarife den Zweck verfolgten, eine Kränze auf die

Faustheit und Unzuverlässigkeit zu legen, den Unternehmer beiseite zu schieben und den sozialistischen Zukunftsstaat einzuführen. Wer hätte jemals gedacht, daß ein Tarif solch schwarze Pläne und solch radikale Umsturzideen in sich bergen könne! Aber zum Glück für Staat und Gesellschaft ist es den rheinisch-westfälischen Unternehmern gelungen, diese Pläne zu entlarven und dadurch unschädlich zu machen.

Vor allen Dingen haben die Scharfmacher Angst, daß das Publikum den Behauptungen der Arbeiter, durch die Gewaltmaßregeln des Unternehmertums würden weitere Preise der Bevölkerung auf das empfindlichste geschädigt, Glauben schenken werde. Um diesem Unglück vorzubeugen, wenden sie sich in einem Flugblatt an „den verständigen Teil des Publikums“, dem sie folgendes vorzuschwindeln: „Daß die Schädigung weiterer Kreise lediglich auf das Konto der Herren Arbeiter zu setzen ist, die mit Aussperrungen gegen die Unternehmer vorgingen, um sie „zahm“ zu machen, wird natürlich wohlweislich verschwiegen. Es ist deshalb gerade an der Zeit, diese weiteren Kreise einmal darüber aufzuklären, in welcher Weise sie durch die fortbauernenden Lohnschraubereien der Bauarbeiter allerdings in Mitleidenschaft gezogen werden. Der Unternehmer kann schließlich jede geforderte Lohnerhöhung bewilligen, wenn er nur die Kosten auf dem Bauherrn und in den Baukosten abwälzen kann. Dieser wieder wälzt schließlich die hohen Baukosten auf die Mieter ab, unter denen sich doch eine Menge Arbeiter befinden, und zwar keineswegs allein Bauarbeiter, sondern die große Mehrzahl der übrigen Arbeiter, deren Lohnaufbesserung der letzten Jahre in gar keinem Verhältnis zu den beständig steigenden Löhnen der Bauarbeiter steht. Diese Arbeiter werden also in erster Linie in Mitleidenschaft gezogen. Ebenso ist es klar, daß die Baukosten durch immer höhere Preise nicht gerade gefördert wird.“

Sobiel Sätze, sobiel Unwahrheiten! Es ist unklar, daß die Lohnforderungen den Zweck verfolgen, die Unternehmer „zahm zu machen“; es ist unklar, daß eine Lohnerhöhung der baugewerblichen Arbeiter naturnotwendig eine Steigerung der Mietpreise im Gefolge haben müsse, denn jeder Sachkenner weiß, daß die Höhe der Miete sich nicht nach den Löhnen der Bauarbeiter richtet, sondern daß hier ganz andere Faktoren mitsprechen; es ist endlich unklar, daß erhöhte Arbeitslöhne die Baukosten hemmen, da hier die Konjunktur bestimmend ist, was daraus hervorgeht, daß trotz der steigenden Löhne heutzutage viel mehr gebaut wird, als früher.

Nachdem das Flugblatt dann noch die unwahre Behauptung aufgestellt hat, daß die baugewerblichen Arbeiter den ganzen Winter hindurch Beschäftigung hätten und deshalb gar keine Lohnerhöhung beanspruchen dürften, fährt es fort: „Für das große Publikum ist es auch besonders wichtig, immer wieder daran erinnert zu werden, daß die Bauarbeiter sich bei ihren Lohn- und vor allen Dingen Organisationskämpfen (die ja gewöhnlich beide Hand in Hand gehen) immer gerade die wirtschaftlich Schwachen für ihre Angriffe aussuchen und sich gerade immer die Zeit aussuchen, in der das in der Hauptsache nur für einen Teil des Jahres in Blüte stehende Baugewerbe besonders in Frage kommt. Wenn nun sowohl die Arbeitgeber des Baugewerbes wie auch das Publikum erfahren, daß seitens der Arbeiter unverblümt ausgesprochen wurde, daß, wenn auch jetzt der Friede geschlossen würde, die Bauarbeiter mit 55 Pf. Stundenlohn bei zehnstündiger Arbeitszeit

keineswegs zufrieden sein würden, sondern daß in aller nächster Zeit, also vor dem nächsten Jahre, die Löhne von Hamburg und Berlin, also 65 bis 70 Pf. pro Stunde, gefordert werden sollten, dann werden sie ja wissen, was ihnen bevorsteht und ihre Vorbereitungen demnach treffen. Ein so ungeheurer Lohnaufschlag von 20 Pf. pro Stunde dürfte wohl die Mieten überall da, wo neu gebaut wird, ganz gewaltig in die Höhe bringen und das werden sich wahrscheinlich die Arbeiter anderer Kategorien nicht gefallen lassen, ebenso das kleine Beamtentum und die kleinen Handwerker, die gegen die Herren Arbeiter ohnehin weit zurückstehen und deren Existenz die Sozialdemokraten gar nicht für nötig halten.“

Es ist richtig und auch ganz selbstverständlich, daß die baugewerblichen Arbeiter das Bestreben haben, ihre Löhne allmählich zu erhöhen und daß eine errungene Lohnerhöhung natürlich nicht eine dauernde Zufriedenheit herbeiführen wird. Ebenso wenig wie irgend ein anderer Mensch, sei er ein Beamter oder ein Geschäftsmann, zeitweilig mit dem Zufrieden ist, was er erreicht hat, sondern fortwährend nach einem erhöhten Einkommen strebt, ebenso wenig werden sich die Arbeiter auf ewige Zeiten mit dem tarifmäßig festgelegten Stundenlohn bescheiden; um ihre Lebenshaltung zu erhöhen und die Verteuerung der Unterhaltsmittel auszugleichen, müssen sie sich vielmehr bemühen, den Lohn allmählich zu steigern. Dies Streben hat selbst der deutsche Kaiser als berechtigt anerkannt, indem er meinte: „Es ist menschlich, natürlich und durchaus berechtigt, daß jeder Mensch danach strebt, seine Lebenslage zu verbessern.“ Und warum will man es den Arbeitern verübeln, wenn sie zur Erreichung ihres Zweckes die Konjunktur benutzen, wie dies die Unternehmer bekanntlich ja auch tun? Wenn nun aber die Berechtigung einer allmählichen Lohnerhöhung nicht bestritten werden kann, so wirkt es geradezu komisch, daß die Bauunternehmer die Arbeiter, die nicht im Baugewerbe tätig sind, sowie die kleinen Beamten und Handwerker mit dem drohenden Gespenst einer ganz gewaltigen Mietsteigerung in Schrecken setzen. Nur ganz dumme Leute fallen auf diesen Schwindel noch hinein, vernünftige Menschen wissen, daß die hohen Mieten viel mehr ihren Grund haben in dem Spekulantentum und dem Bodenwucher, als in den angeblichen hohen Arbeitslöhnen.

Zum Schluß setzen die Scharfmacher ihrer Verdrehungskunst die Krone auf, indem sie den Arbeitern, die sie in brutalster Weise auf die Straße geworfen haben, hinterher selbst die Schuld zuschieben. „Die Ausständigen (so nennen die Heuchler die Ausgesperrten!) haben es sich selbst zuzuschreiben,“ wenn die Unternehmer jetzt nur noch mehr dazu übergehen, auswärtige Arbeiter einzustellen und angesichts der unerhörten Vergeivaltigungen die noch bestehenden Verträge seitens der Arbeiter für gebrochen erklären und auch in den Orten aussperrn, die bisher noch nicht dazu übergegangen waren. Wir sind fest davon überzeugt, daß man im Publikum diese Maßnahme nach Lage der Sache durchaus billigen wird und daß die Sympathie aller Einsichtswollen nach wie vor den im Kampfe befindlichen Unternehmern gehören wird, die nach den in unvorsichtigerweise laut gewordenen „Zukunftsplänen der Arbeiter“ jetzt ja erst recht alle Ursache haben, sich ihrer Haut zu wehren und die deshalb unbedingt fest zusammenhalten müssen, um trotz des großen finanziellen Schadens ihre Sache zum Siege zu führen.“ Wir halten es für überflüssig, auf solch faustbilde Lügen auch nur mit einem Worte der Erwiderung einzugehen.

